

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR
DEMOKRATIE, EUROPA UND GLEICHSTELLUNG
Hansastraße 4 | 01097 Dresden

Sächsisches Staatsministerium des Innern
poststelle@smi.sachsen.de

nachrichtlich:

Sächsische Staatskanzlei
poststelle@sk.sachsen.de

Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren
hier: Stellungnahme

Für die Übersendung des Referentenentwurfs des Bundesministeriums des Innern und für Heimat für ein Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren danke ich.

Nach Beteiligung des Sächsischen Obergerichts wird wie folgt Stellung genommen. Allerdings ist wegen der kurz bemessenen Frist eine in die Tiefe gehende Stellungnahme zu dem umfangreichen Entwurf nicht möglich; es kann auch nicht zu allen Vorschlägen ausgeführt oder gar jeweils ein alternativer Vorschlag vorgetragen werden.

1. Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe a (§ 24 Absatz 1 AsylG-E):

Von der dem BAMF einzuräumenden Möglichkeit, von einer Anhörung ganz abzusehen, sollte nur im eng begrenzten Ausnahmefall Gebrauch gemacht werden können (vgl. die Gesetzesbegründung). Die konkrete Aufnahme eines Regel-Ausnahme-Verhältnisses in den Gesetzestext wäre unbedingt wünschenswert.

Wenn man in Ausnahmefällen von der Anhörung ganz absehen kann, birgt dies die Gefahr einer Verlagerung der Anhörung in das gerichtliche Verfah-

Ihr Ansprechpartner

Durchwahl

Telefon +49 351 564 [REDACTED]

Telefax +49 351 564 [REDACTED]

poststelle@
smj.justiz.sachsen.de*

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom
13. Oktober 2022

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Dresden,
21. Oktober 2022



Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung**
Hansastraße 4
01097 Dresden

www.justiz.sachsen.de/smj

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit ÖPNV und
Fernverkehr (Bahnhof Neustadt)

Parken und behinderten-
gerechter Zugang über
Einfahrt Hansastraße 4

Hinweise zum **Datenschutz** erhalten
Sie auf unserer Internetseite. Auf
Wunsch senden wir Ihnen diese
Hinweise auch zu.

*Per E-Mail kein Zugang für
elektronisch signierte sowie
verschlüsselte elektronische
Nachrichten; nähere Informationen zur
elektronischen Kommunikation mit dem
Sächsischen Staatsministerium der
Justiz und für Demokratie, Europa und
Gleichstellung unter
[https://www.justiz.sachsen.de/E-
Kommunikation-SMJ](https://www.justiz.sachsen.de/E-Kommunikation-SMJ)

ren. Dies diene dann zwar der Entlastung des BAMF, brächte aber eine Belastung der Gerichte mit sich. Dies sollte unbedingt vermieden werden.

2. Artikel 1 Nummer 10 (§ 30 AsylG-E):

Derzeit wird die unionsrechtsrechtliche Vereinbarkeit von § 30 Absatz 1 AsylG jedenfalls infrage gestellt. Die Neuregelung dürfte den unionsrechtlichen Vorgaben in Artikel 31 Absatz 8 der Asylverfahrensrichtlinie jedenfalls eher entsprechen als das geltende Recht, würde aber voraussichtlich zu einer Zunahme von Eilverfahren vor den Verwaltungsgerichten führen.

3. Artikel 1 Nummer 11 Buchstabe c (§ 31 Absatz 3 Satz 2 AsylG-E):

Die Änderung wird für sinnvoll erachtet.

4. Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe c (§ 74 Absatz 3 AsylG-E):

Die Neuregelung zur Fortführung des Verfahrens bei Befangenheitsanträgen erscheint überflüssig. Das geltende Recht bietet genügend Möglichkeiten, mit obstruktiven Befangenheitsanträgen umzugehen. Zudem ist die Formulierung in § 74 Absatz 3 Satz 2 AsylG-E für den Fall der Begründetheit des Befangenheitsantrags, wonach der nach Anbringung des Ablehnungsgesuchs liegende Teil der mündlichen Verhandlung zu wiederholen ist, ungenau. Sie birgt die Gefahr von Rechtsunsicherheit und Anschlussstreitigkeiten.

5. Artikel 1 Nummer 23 Buchstabe b (§ 77 Absatz 2 AsylG-E):

Die geplante Regelung zu weiteren Entscheidungsformen im schriftlichen Verfahren wird für überflüssig gehalten. Mit dem möglichen Verzicht auf eine mündliche Verhandlung und dem Gerichtsbescheid stehen bereits vergleichbare Instrumente zur Verfügung und es wäre in einer ganz überwiegenden Anzahl der Verfahren mit dem Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung (ggf. schon in der Klageschrift) zu rechnen.

6. Artikel 1 Nummer 23 Buchstabe d (§ 77 Absatz 4 AsylG-E):

Die Einführung der Möglichkeit, die Ablehnung von Beweisanträgen mit der Entscheidung über die Klage zu verbinden, soll der Straffung und Beschleunigung der Asylklageverfahren dienen, zudem soll sie rechtsmissbräuchlichen Beweisanträgen, die lediglich das Ziel haben, das Verfahren zu verschleppen, entgegenwirken. Diese Zielsetzungen sind jedoch nicht nur in Asylverfahren relevant, sondern in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Wenn man eine solche Regelung will, dann sollte die VwGO geändert werden, nicht das AsylG. Es wird hier letztlich davon ausgegangen, dass es in Asylverfahren mehr missbräuchliche Beweisanträge gibt als in anderen Verfahren, ohne dass dies belegt wird. Zu berücksichtigen ist insoweit auch die hohe Bedeutung des gerichtlichen Verfahrens für die Asylsuchenden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Asylsuchende in solchen Verfahren weniger prozessuale Rechte haben sollten als etwa bei der Anfechtung eines Abwassergebührenbescheids, der ganz eindeutig weniger intensiv in Grundrechtspositionen eingreift.

Die Regelung in § 86 Abs. 2 VwGO, von der für das asylgerichtliche Verfahren abgewichen werden soll, dient letztlich der Gewährleistung rechtlichen Gehörs und dient auch dazu, das gerichtliche Verfahren in der ersten Instanz zu konzentrieren. Wenn Prozessbevollmächtigte erstinstanzlich durch die Begründung des Ablehnungsbeschlusses merken, dass das Gericht einen Beweisantrag falsch verstanden hat oder dass der Beweisantrag unklar oder unzutreffend formuliert war, kann ein neuer Beweisantrag gestellt werden. Das mag eine Vertagung nach sich ziehen, eine solche verlängert das Verfahren jedoch allenfalls einige Wochen. Nach der neuen Regelung müssen Asylsuchende dann in einem Zulassungsantrag die Verletzung rechtlichen Gehörs rügen; wenn der Antrag Erfolg haben sollte, dauert das Verfahren noch länger. Rein praktisch ist zu befürchten, dass engagierte Prozessbevollmächtigte aus Gründen anwaltlicher Vorsicht bei Einführung der Neuregelung die Zahl der Beweisanträge erhöhen werden, was dem Zweck der Regelung entgegenläuft.

Zudem sind auch nach der geplanten Neuregelung die Beteiligten zuvor auf die beabsichtigte Entscheidung des Gerichts hinzuweisen und ihnen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Unter diesen Voraussetzungen kann der Antrag auch in der

mündlichen Verhandlung abgelehnt werden, ohne dessen Bewertung nach „hinten“ zu verschieben und damit die Reaktionsmöglichkeiten der Beteiligten einzuschränken.

Außerdem müssen sog. Ausforschungsbeweise nach einschlägiger Rechtsprechung ausnahmsweise nicht vorab beschieden werden. Mit der geplanten Regelung im AsylG wäre daher die Gefahr verbunden, diese Rechtsprechung zu unterlaufen mit der Folge, dass auf sie die (in dem Fall strengeren) Regelungen des § 77 Absatz 4 Satz 2 und 3 AsylG-E Anwendung finden könnten.

7. Artikel 1 Nummer 23 Buchstabe e (§ 77 Absatz 5 AsylG-E):

Die Regelung zur Einführung einer gesetzlich angeordneten Klageänderung würde keine entlastenden Effekte mit sich bringen. Es wird zur Begründung ausgeführt, durch die Änderung könne das BAMF bereits während des Gerichtsverfahrens einen neuen Asylbescheid erlassen und dieser werde dann Gegenstand des laufenden Gerichtsverfahrens. Damit werde vermieden, dass über die Frage der Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens und die Begründetheit des Asylbegehrens jeweils zwei Entscheidungen getroffen und zwei unter Umständen zeitlich weit auseinanderliegende Gerichtsverfahren durchgeführt werden. Das ist insofern nicht nachvollziehbar, als es dem BAMF auch nach derzeitigem Recht unbenommen ist, während eines laufenden verwaltungsgerichtlichen Verfahrens einen neuen, ersetzenden Bescheid zu erlassen. Das BAMF wird dann den alten Bescheid, mit dem der Antrag als unzulässig abgelehnt wurde, aufheben. Damit erledigt sich das erste Verfahren und wird bei entsprechenden Erledigungserklärungen eingestellt; es werden entgegen der Begründung keine zwei (echten) Gerichtsverfahren mehr durchgeführt und keine zwei Entscheidungen getroffen; § 161 Abs. 2 VwGO hat einen anderen Maßstab. Der neue Bescheid regelt dann inhaltlich etwas anderes als der erste Bescheid, so dass die Arbeit für das Verwaltungsgericht auch bei der Fortführung des Verfahrens die gleiche bleibt.

Eine Verfahrensbeschleunigung wird mit dieser (§ 96 SGG vergleichbaren) Regelung eher nicht erreicht werden. Im Gegenteil birgt sie die Gefahr zusätzlichen Aufwands seitens des Gerichts, weil sich die inhaltliche Prüfung des angegriffenen Bescheids (bei einem Wechsel von der Ablehnung als unzulässig auf [offensichtlich] unbegründet) wesentlich ändert. Dies wäre insbesondere kurz vor einer mündlichen Verhandlung oder

auch nach der Durchführung der mündlichen Verhandlung problematisch, wenn etwa der Bescheid ersetzt wird, bevor das Urteil zugestellt ist. In Einzelfällen könnte die Regelung auch zu einer Änderung der gerichtlichen Kammerzuständigkeit (bei Ersetzung einer sog. Dublin-Entscheidung durch eine normale Asylentscheidung) führen.

8. Artikel 1 Nummer 24 (§ 78 AsylG-E):

Die Erweiterung der Revisionsmöglichkeit vor dem Bundesverwaltungsgericht ist in der vorgesehenen eingeschränkten Form (nur bei Divergenz zwischen den Oberverwaltungsgerichten, nur bei Zulassung durch die Oberverwaltungsgerichte, also Ausschluss der Nichtzulassungsbeschwerde und Beschränkung auf die Beurteilung der allgemeinen Lage, also keine Tatsachenermittlung oder Sachaufklärung zu den individuellen Schutzgründen) ein begrüßenswerter Vorschlag. Leider wird bei volatilen Staaten die „Haltbarkeitsdauer“ solcher Entscheidungen kurz sein. Mengenmäßig dürften sich die Anwendungsfälle wohl in Grenzen halten und deshalb für das BVerwG quantitativ machbar sein, weil eine bewusste wirklich abstrakte und nicht nur einzelfallbezogene divergierende Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte eher selten vorkommt (etwa die Wehrpflichtproblematik in Syrien und Italien, § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 AsylG; in diesen Fällen wäre eine Einheitlichkeit für die Verwaltungsgerichte auf jeden Fall hilfreich). Zudem kann man eine divergierende Rechtsprechung den Betroffenen und auch der Öffentlichkeit kaum noch erklären, weshalb hier nicht allein ein Beschleunigungseffekt in Rede steht.

Der im Gesetz verwendete Begriff des Zielstaats ist im vorliegenden Zusammenhang teilweise etwas ungebräuchlich. Der Begriff des Zielstaats wird verwendet im Zusammenhang mit zielstaatbezogenen Abschiebungsverboten nach § 60 Absatz 5 und 7 AufenthG, insoweit ist auch der Begriff des Abschiebungszielstaats üblich. Im Asyl- und Flüchtlingsrecht im engeren Sinne ist der Begriff unüblich. Dort ist regelmäßig auf das Herkunftsland (§ 3 Absatz 1 Nummer 2 AsylG) abzustellen. Das würde hier aber zu kurz greifen, weil ja auch die Fälle des § 29 Absatz 1 Nummer 1 und 2 AsylG mitumfasst sein sollen. Der Begriff des Zielstaats ist deshalb durchaus sinnvoll, vielleicht könnte man ihn zumindest in der Gesetzesbegründung näher erläutern. Alternativ könnte man etwa auch „Herkunfts- oder Zielstaat“ einfügen.

Außerdem wird davon ausgegangen, dass von der „allgemeinen [asylrelevanten] Lage“ auch Fragen des internationalen Schutzes (Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz, insbes. § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 AsylG) mitumfasst sind, weil sich dies aus § 13 Absatz 2 AsylG ergeben dürfte. Ein Satz der Klarstellung hierzu in der Begründung könnte jedoch hilfreich sein.

9. Artikel 1 Nummer 25 Buchstabe b (§ 79 Absatz 2 AsylG-E):

Die Regelungen zur Lockerung des Zurückverweisungsverbots haben aus Sicht des Sächsischen Obergerverwaltungsgerichts wenig praktische Relevanz.

10. Artikel 1 Nummer 25 Buchstabe c (§ 79 Absatz 3 AsylG-E):

Die Möglichkeit der Einzelrichterübertragung in Berufungsverfahren kann in Fällen, in denen in großem Umfang Berufungszulassungen wegen nachträglicher Divergenz zu Lasten der Kläger erfolgen, hilfreich sein. Beim Sächsischen Obergerverwaltungsgericht hat sich das noch nicht konkret gestellt, aber bei anderen Obergerverwaltungsgerichten, etwa im Zusammenhang mit der Wehrpflichtproblematik in Syrien, kam es dort zu Berufungszulassungen zu Lasten der Kläger in einer großen Zahl (größere dreistellige Zahl). In diesen Fällen sind Rücknahmen selten, aus Gründen des rechtlichen Gehörs kann häufig auch ein Beschluss nach § 130a VwGO nicht ergehen. Die Regelung ist deshalb sinnvoll.

[REDACTED]